



Pressemitteilung

6. Mai 2018

Den Bock zum Gärtner machen...

Protestaktion zur Festlegung der Personaluntergrenzen im Krankenhaus

am Dienstag den **8. Mai 2018** um **10 Uhr**

vor der Hamburgischen Krankenhausgesellschaft, Burchardstraße 19, 20095 Hamburg:

Ein **Tauziehen** um Personalbemessung und Krankenhausfinanzierung zwischen (1.) den Verhandlungspartnern DKG/GKV und (2.) Beschäftigten, Patient*innen und Initiativen.

Die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) haben von der Politik den Auftrag, zu entscheiden, wie Personaluntergrenzen in „pflege-sensitiven Bereichen“ in Krankenhäusern aussehen können. **Das macht den Bock zum Gärtner:**

- ▶ Die Krankenkassen wollen die Ausgaben der Krankenhäuser niedrig halten.
- ▶ Die Krankenhäuser bestehen auf ihrer „unternehmerischen Freiheit“.

Keiner dieser Verbände ist an einer gesetzlichen Personalbemessung interessiert, die endlich Entlastung für Beschäftigte und gute Versorgung für Patient*innen bringt.

Dass es den gesetzlichen Auftrag für Personaluntergrenzen überhaupt gibt, ist auch eine Konsequenz des **Drucks von unten** – von uns Beschäftigten der Krankenhäuser, (potenziellen) Patient*innen und ihren Angehörigen. Gemeinsam haben wir bundesweit Bündnisse für mehr Personal im Krankenhaus gegründet, Tarifkämpfe geführt, Volksinitiativen gestartet (in Hamburg mit fast 30.000 Unterschriften in drei Wochen) und öffentliche Aktionen gemacht.

Heute protestieren wir gegen die **Scheinlösungen**, die von den Verhandlungspartnern auf Bundesebene vorgeschlagen werden. Wir fordern eine gesetzliche Personalbemessung, die

- ▶ sich am **tatsächlichen Bedarf** der Patient*innen bemisst und eine menschenwürdige Pflege möglich macht. Untergrößen reichen nicht aus!
- ▶ für **alle** Stationen und Bereiche in der Früh-, Spät- und Nachtschicht gültig ist – Keine Nacht allein!
- ▶ ausschließlich durch ausgebildetes **Fachpersonal** erfüllt wird;
- ▶ stationsbezogen, transparent und **verbindlich** umgesetzt wird.

Gesundheit ist ein Menschenrecht und keine Ware.

Die Lage ist ernst und wir meinen es ernst: wir brauchen Entlastung jetzt!

Ansprechpartner für die Presse: Christoph Kranich, 0175 / 2448960